



Städte im demografischen Wandel

Dezembertagung des Arbeitskreises
"Städte und Regionen" der DGD
in Kooperation mit dem BBR

6. - 7. Dezember 2007 in Berlin

Kurzfassungen aller Referate



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Reurbanisierung als Hoffnung der Städte im demographischen Wandel? - Ein Einführungsvortrag

Bernhard Köppen (Landau)

Seit Jahrzehnten erwartet - da durch die Logik der Theorie des Urbanisierungszyklus ja eigentlich unvermeidbar - scheint sie endlich stattzufinden: Reurbanisierung. Ein neuer Leittrend besteht. Der „urban turnaround“ vollzieht sich in Deutschland. West- wie ostdeutsche Städte verbuchen in den letzten Jahren mehr Zu- als Fortzüge aus dem Umland. Eine mögliche Erklärung: Die Lebensstile der Jüngeren haben sich geändert, weg vom Suburbanen zum Urbanen. Und nicht nur dies. Auch die früheren Träger der massenhaften Stadtfucht besinnen sich mit steigendem Alter wegen sich abzeichnender zunehmender individueller Immobilität offenbar urbaner Qualitäten, wie etwa kurzer Wege durch Agglomerationsvorteile. Der Demografische Wandel macht es zukünftig vielleicht auch noch zunehmend einfach, bezahlbaren, angemessenen Wohnraum in den Kernstädten zu finden, wenn irgendwann mit den Einwohnerzahlen auch die Haushaltszahlen absinken. Tatsächlich aber bestehen, trotz schlüssiger Interpretationen und gefälliger Szenarien, noch durchaus Forschungs-, Theorie- und Erkenntnisdefizite.

Die Ergebnisse großer Wanderungsmotivanalysen liegen bisher nicht vor. Über Motive und Strukturmerkmale der Träger einer zumindest in der amtlichen Statistik mancher Städte ablesbaren Reurbanisierung ist wenig, respektive nichts, bekannt. Bereits ein Blick auf simple Merkmale der Reurbaniten, wie etwa dem Alter, lassen Zweifel an einem nennenswerten „Trend“ aufkommen. Die Generation 50+ beispielsweise scheint (noch) keine bedeutende Teilgruppe zu sein.

Ist der neue Trend in der Realität wirklich so bedeutend, wie es die durchaus nennenswerte Forschungsintensität sowie die entsprechenden Statements von Kommunalpolitik und Stadtplanung nahe legen? Welchen Stellenwert hat die Umland-Stadt-Wanderung im gesamten Binnenwanderungsgeschehen? Ist sie ein neuer Leittrend, ähnlich der jahrzehntelangen Suburbanisierung, oder nur ein Nischenaspekt im Rahmen einer zunehmend „beruhigenden“ Binnenwanderung, nach einer Dekade ungewöhnlicher Dynamik seit der Deutschen Einheit?

Insbesondere mit Blick auf die erwartete Reurbanisierung durch die Generation 50+ sind zahlreiche Aspekte unklar. Warum sollten die Alten von morgen so viel mobiler sein, als die Alten von heute? Sind die vormaligen Suburbaniten im fortgeschrittenen Alter tatsächlich bereit, sich von ihrem (vielleicht erst seit wenigen Jahren abbezahlten) Wohneigentum zugunsten innenstadtnaher, der aktuellen Stellung im Lebenszyklus besser entsprechenden, Wohnformen zu trennen? Ebenso ist die Marktentwicklung nur schwer abschätzbar. Käme es ggf. zu Wertverlusten suburbaner Immobilien, da sie dann massenhaft angeboten würden? Dämpft dieser Fakt dann wiederum die Rückwanderungsbereitschaft? Welche Rolle spielen Kohorten und deren Größe überhaupt? Und sind es wirklich die Großstädte, welche - wie es die aktuellen Zahlen zu belegen scheinen - durch eine Rentnerwanderung profitieren könnten? Ist es nicht sehr viel wahrscheinlicher, dass Klein- und Mittelstädte (in reizvoller Landschaft gar), mit ihren urbanen Qualitäten und dem dennoch persönlichen, provinziellen Charakter die bevorzugten Zielorte sein werden? In den Großstädten wiederum dürfte Reurbanisierung grundsätzlich nur für wenige, besonders attraktive Städte und dort nur für die wiederum ausgesprochen attraktiven Stadtteile relevant sein. Die an die „Renaissance der Innenstadt“ geknüpften Erwartungen und Hoffnungen der Stadtpolitik, welche ein wenig reflektiertes Postulat generellen Aufschwungs durch Zuwanderung zu Grund legen, sollten kritisch reflektiert werden.

Im Vortrag werden unschlüssige Punkte bisheriger Annahmen zur aktuellen Reurbanisierung aufgegriffen, diskutiert und - so vorhanden - den Daten amtlicher Statistik kritisch gegenübergestellt. Tatsächlich - so die zentrale These - dürfte Reurbanisierung kein neuer Leittrend, sondern eine Facette möglicher Stadt- und Regionalentwicklung im Rahmen eines Nebeneinanders von Schrumpfung, Wachstum und Stagnation sein.

Prof. Dr. Bernhard Köppen
Juniorprofessur Demographieforschung & Anthropogeographie
Universität Koblenz Landau
Lehrereinheit Geographie
Fortstr. 7

76829 Landau

koeppen@uni-landau.de

Von der Sub- zur Reurbanisierung in Ostdeutschland? Neue Muster der Raumentwicklung in Ostdeutschland.

Günter Herfert

Der Vortrag widmet sich – ausgehend von den neuen demografischen Mustern der Raumentwicklungen in Ostdeutschland seit Anfang 2000 – der Fragestellung, inwieweit in der ostdeutschen demografischen Schrumpfungslandschaft nach der Suburbanisierungswelle der 1990er Jahre eine Trendwende zur Reurbanisierung erkennbar ist.

Der aktuell sehr stark geführte Diskurs definiert Reurbanisierung weniger als Rückkehr in die Stadt sondern eher als eine Rückkehr des Städtischen im Sinne einer Aufwertung innerstädtischer Wohnquartiere aus qualitativer Perspektive. Dazu werden innerstädtische Wanderungsmuster ausgewählter ostdeutscher Großstädte vorgestellt.

Aus quantitativer Perspektive kann davon ausgegangen werden, dass Reurbanisierungsprozesse in Ostdeutschland aktuell nur in den Wachstumsinseln (s. Abb.) stattfinden. Träger dieser Reurbanisierungsprozesse sind vorwiegend interregionale Wanderungsströme aus den neuen Bundesländern und aus dem Ausland, während Wanderungsgewinne aus dem Umland eher marginal sind. Intraregional sind es nur die jungen Haushalte der 19-25-Jährigen, die ihren Lebensraum im Rahmen ihrer Ausbildung in die Kernstadt verlagern. Von einem generellen zentripetalen Trend innerhalb der Stadtregion, geschweige denn sogar einer Rückwanderung von Familien aus dem suburbanen Raum in die Kernstadt, kann derzeit folglich nicht gesprochen werden.

Der Reurbanisierungstrend basiert nicht nur auf lebenszyklusbedingten Zuzügen von Bildungswanderern – wie vielfach vermutet wird. Es liegen erste Anzeichen vor, dass die ostdeutschen Wachstumsinseln für die neuen Bundesländer zu einem attraktiven Zuzugsraum für Berufseinsteiger mit höherer Qualifikation geworden sind. Mit den alten Bundesländern bestehen – mit Ausnahme von Berlin – hingegen immer noch leichte Defizite. Mit der Zuwanderung besonders jüngerer Altersgruppen dürfte zudem ein deutlicher „Verjüngungsschub“ eintreten, wodurch die strukturell vorgegebene Alterung der Bevölkerung abgedämpft wird. Damit werden sich die Wachstumsinseln bei anhaltendem Reurbanisierungstrend zunehmend aus der stark alternden Schrumpfungslandschaft Ostdeutschlands herausheben.

Inwieweit die Außenwanderung den Reurbanisierungstrend in den Wachstumsräumen positiv beeinflussen wird, ist z. Z. nur schwer abzuschätzen. Zumindest ist bei einer anhaltenden positiven wirtschaftlichen Entwicklung mit einer zunehmenden Internationalisierung zu rechnen.

Basis für die sehr differenzierten quantitativen Analysen sind Gemeindedaten zur Bevölkerungsentwicklung sowie insbesondere zu Wanderungsverflechtungen nach ausgewählten Strukturmerkmalen.

Dr. Günther Herfert
Leibniz-Institut für Länderkunde
Schongauerstr. 9

04329 Leipzig

G_Herfert@ifl-leipzig.de

„Zurück in die Stadt“ ist kein Selbstläufer

Unterschiede der Stadt-Umland-Wanderungen in schrumpfenden und wachsenden Wohnungsmarktregionen

Michaela Hirschle, Markus Sigismund

Seit Jahrzehnten verlieren die großen Städte Einwohner an das nahe Umland. Häufig wird dies als Stadtflucht bezeichnet, was allerdings den Prozess nicht richtig beschreiben dürfte. Denn Motivbefragungen in den Stadtregionen belegen zwar, dass viele der Umlandwanderer aufgrund von Wohnumfeldqualitäten oder Nachbarschaftsstrukturen fortziehen möchten. Die Mehrzahl der Suburbaniten würde aber gerne in der Stadt wohnen bleiben. Die Nachfrage nach geeigneten städtischen Angeboten ist nach wie vor hinreichend. Jedoch kann das städtische Wohnangebot die gewünschten Wohnformen und -qualitäten oft nicht bedienen. Weil in der Regel kleine Haushalte eine höhere Zahlungsbereitschaft je qm Wohnfläche haben, sind es zu allererst Familien, die sich das städtische Wohnen nicht leisten können oder wollen.

Die Mobilitätsforschung fokussiert sich häufig jedoch zu sehr auf Fragen der Mobilitätsbereitschaft und der Wohnpräferenzen sowie auf das Ergebnis – die Wanderungen. Vor allem eine Einengung des Mobilitätsbegriffs auf die Migration verleitet zu Fehlschlüssen von dem Verhalten der Haushalte auf deren Wünsche. Erst eine zusätzliche Betrachtung der Möglichkeit umzuziehen (Motilität) liefert ein aussagefähigeres Gesamtbild der Mobilität. Hierzu zählen z.B. Analysen der finanziellen Möglichkeiten und Preise sowie der Wohnangebote. Der vorliegende Beitrag führt fragmentarische Ergebnisse verschiedener Quellen zur Migration, Mobilitätsbereitschaft und Motilität zusammen, um die aktuelle Diskussion bzgl. einer ‚Renaissance der Stadt‘ und eines Trends ‚zurück in die Stadt‘ entsprechend aufzuweiten. Aber auch in diesem Beitrag ist eine Zeitreihenanalyse der Stadt-Umland-Wanderungen, die sich ausschließlich auf die Großstädte und deren Umland konzentriert, der analytische Ausgangspunkt. Hierzu werden die Wanderungsverflechtungen aller Großstadtregionen in dem Kontext von schrumpfenden und wachsenden Wohnungsmärkten betrachtet und exemplarisch für 16 Wohnungsmarktregionen durch kleinräumige intraregionale Untersuchungen siedlungsstruktureller Muster vertieft. Die Datenbasis erlaubt somit eine Identifizierung von räumlichen Wanderungsmustern in Abhängigkeit unterschiedlicher Wohnungsmarktkonstellationen sowie einen differenzierten Blick auf das Mobilitätsverhalten einzelner Altersklassen.

Ausgewählte Ergebnisse

Die Wanderungsbilanzen schrumpfender und wachsender Städte entwickeln sich sehr heterogen. Es gilt Trennlinien zwischen diesen Kategorien auch im Hinblick der gesamten Mobilitätstrilogie, des Umziehen Wollens, des Könnens und des Verhaltens, zu berücksichtigen. Für die Städte in wachsenden Wohnungsmarktregionen sind die Wanderungsverluste an das Umland als wesentliches Element der ‚klassischen‘ Wohnsuburbanisierung auch aktuell ungebrochen hoch. Hier dominieren noch immer die Fortzüge, während Wanderungsgewinner das weitere Umland, Kleinstädte und kleine Gemeinden sind. In diesen Städten ist das Wohnungsangebot schlichtweg zu gering. Die Schaffung des Planungsrechts für Neubau fällt hier offensichtlich schwerer als in schrumpfenden Regionen. Daher reichen die Neubauleistungen gerade für eine Absorption der steigenden Pro-Kopf-Wohnflächennachfrage und somit für eine Stabilisierung der Einwohnerzahlen.

Das knappe Wohnungsangebot sowie das hohe Mieten- und Preisniveau in diesen Großstädten führt dazu, dass die Haushalte ihre Wohnwünsche nach wie vor eher im weiteren Umland realisieren. Kennzeichnend für die finanziellen Hemmnisse überschreiten die Kaufpreise der Kernstädte in den wachsenden Regionen sowie häufig auch deren nahen Umlands durchweg das 6,5fache verfügbare Jahreseinkommen der Haushalte. Analysen haben gezeigt, dass dies eine Schwelle ist, die die Mehrzahl der Haushalte bei der Eigentumsbildung nicht überschreitet.

In den schrumpfenden Wohnungsmarktregionen wird diese markante Schwelle selbst in den Kernstädten unterschritten; dies ist neben flachen Preisgradienten zum Umland eine Voraussetzung für ein wettbewerbsfähiges Wohnangebot gegenüber dem Umland. Aktive Wohnungs- und Baulandstrategien führen daher selbst in Städten zum Erfolg, die aufgrund schwieriger städtebaulicher und ökonomischer Rahmenbedingungen bislang nicht als große Anziehungsorte galten und über Jahre passiv das Umland als bevorzugte Wohnstandorte akzeptierten. Zwar halten auch hier die Wanderungsverluste an das Umland an. Allerdings erfahren die Kernstädte vor allem durch den Rückgang der Fortzugszahlen eine positive Entwicklung. In den meisten Städten der schrumpfenden Regionen wird am aktuellen Rand jedoch auch deutlich, dass es ihnen schwerer fällt, über einen längeren Zeitraum attraktive Wohnangebote in dem nachgefragten Umfang bereitzustellen.

Die Ergebnisse belegen für alle Wohnungsmarktkonstellationen, dass ein ‚Zurück in die Stadt‘ im Sinne einer echten Rückwanderung aus dem Umland nicht nachzuweisen ist. Ebenso lässt sich die These einer gestiegenen Präferenz für städtisches Wohnen mit dem vorliegenden empirischen Material nicht abschließend beantworten. Vor allem im Hinblick auf die demografische Entwicklung der Städte in den wachsenden Regionen hat die aktuelle Diskussion einen eher akademisch-theoretischen Charakter, wenn vielleicht 55 statt 50 % der Fortgezogenen lieber in der Stadt bleiben würden, aber überhaupt nur für einen Bruchteil Wohnangebote zur Verfügung stehen. Diese Städte sind in einer vergleichsweise luxuriösen Situation, sich über Qualitäten auf nahezu alle Zielgruppen – einschließlich Familien - ausrichten zu können. Wenn in einigen Städten jetzt mehr Einwohner in der Stadt gehalten werden, dann ist dies kaum einer Renaissance der Städte im Wertesystem der Nachfrager geschuldet. Vielmehr erlebt eine aktive Wohnungs- und Baulandpolitik eine Renaissance als Instrument zur Stärkung der Vitalität der Kernstädte. Diese Botschaft zu transportieren sollte ein zentrales Anliegen der aktuellen Diskussion sein. Eine nachhaltige quantitative Ausdehnung des Wohnungsangebots gelingt nur wenigen Städten. Eine qualitative Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik z.B. auf Familien wird dagegen schon jetzt u.a. auch an der Struktur des Wohnungsneubaus der letzten Jahre deutlich. Die Wohnungsgrößen steigen stetig an und die über Jahre anhaltende klare Dominanz des Geschosswohnungsbaus über das Einfamilienhaus ist in fast der Hälfte der Städte gebrochen. Wenn die Städte es jedoch nicht schaffen das Wohnangebot quantitativ deutlich auszuweiten, liegt der Hebel zur Beeinflussung der demografischen Entwicklung vor allem in dem Wohnflächenkonsum der Haushalte. Dies kann keine ideologischen Vorgaben von Wohnflächen-Höchstgrenzen meinen, sondern durch eine stärkere Zielgruppenorientierung des Wohnangebotes erreicht werden. Bei nur 28 m² Wohnfläche pro Kopf der Familien mit Kindern und 54 m² bei Singles bzw. 38 m² bei Paaren liegt hier eine der entscheidenden Stellschrauben der weiteren Einwohnerentwicklung der Städte. So könnte das aktuelle jährliche Wohnflächenangebot im Neubau von München bei einer reinen Familienbelegung für über 5 000 Einwohner mehr reichen, als bei einer paritätischen Mischung aus Singles und Paaren.

Michaela Hirschle, Markus Sigismund
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Referat II11, Wohnungs- und Immobilienmarkt
Deichmanns Aue 31-37

53179 Bonn

michaela.hirschle@bbr.bund.de
markus.sigismund@bbr.bund.de

Kleinteilige Beobachtung demografischer Entwicklungen in deutschen Großstädten

Gabriele Sturm

Im Räumlichen Informationssystem des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung stehen für 45 deutsche Großstädte kommunalstatistische Daten für etwa 30 Indikatoren auf Stadtteilebene zur Verfügung. Sie werden jährlich im Kooperationsprojekt der *Innerstädtischen Raumbewachung* (IRB) von eben diesen Städten zusammengestellt und im BBR koordiniert. Relativ komplette Datensätze liegen für die meisten Städte erst seit dem Jahr 2002 vor – für einzelne westdeutsche Großstädte existieren zu einzelnen Merkmalen aber auch Zeitreihen seit 1980. Für die kleinteilige Analyse des demografischen Wandels in deutschen Großstädten stehen folgende Merkmale auf Stadtteilebene zur Verfügung:

- *Einwohner nach Altersgruppen und Geschlecht*
- *Ausländische Einwohner nach Altersgruppen und Geschlecht*
- *Deutsche mit weiterer Staatsangehörigkeit nach Altersgruppen*
- *Haushalte nach HHGen bzw. Steuerrechtliche Personenverbände bzw. Familienstand*
- *Natürliche Bevölkerungsbewegungen und*
- *Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenzen (darunter extra ausgewiesen auch Zu- und Fortzüge aus dem bzw. in das Umland) sowie*
- *Umzüge zwischen Stadtteilen.*

Großstädte zeichnen sich durch eine vergleichsweise sehr hohe residentielle Mobilität ihrer Bewohnerschaft aus, wodurch städtische Quartiere auch relativ schnell ihren sozialräumlichen Charakter verändern können. Trotz solch teilweise kaum absehbaren Wandels muss für anstehende Planungsentscheidungen konstatiert werden, wer wo wohnt, welche Konzentrations- und Segregationsprozesse in der jüngsten Vergangenheit stattgefunden haben und welche aktuellen wie zukünftigen Bedarfe sich daraus ableiten lassen.

Dafür werden der Natürliche Saldo und der Wanderungssaldo in ihrer Entwicklung gegenübergestellt. Weiter wird die Alterung bestimmter Städte und bestimmter Stadtteile in den Blick genommen. Und schließlich wird gefragt, wie die Altersstruktur eines Stadtteils mit dem Grad der Internationalisierung (Ausländer und Doppelstaater) zusammenhängt. Auf die Entwicklung und mögliche Konzentration von Einpersonenhaushalten (Singularisierung als ein Aspekt der demografischen Entwicklung) wird aus Zeitgründen eher nicht mehr eingegangen werden können.

Unterschieden werden dabei jeweils die IRB-Stadtteile nach ihrer innerstädtischen Lage in der Innenstadt, im Innenstadtrand (zusammen auch Innere Stadt genannt) oder im Stadtrandbereich (auch Äußere Stadt genannt) und die IRB-Städte nach ihrer Einbettung in fünf Regionen: Osten, Nordwesten, altindustriell geprägter Westen, Rhein, Süden.

Dr. Gabriele Sturm,
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Referat I6, Stadt- und Raumbewachung
Deichmanns Aue 31-37

53179 Bonn

gabriele.sturm@bbr.bund.de

Räumliche Mobilität und Lebensverläufe in Nordrhein-Westfalen

Kim Gerber

Im Vordergrund des Referats steht die empirische Untersuchung nahräumlicher Wanderungen: Wie und in welchen Ausmaß haben sich Wanderungsrichtungen in den letzten drei Jahrzehnten verändert? Welche Wanderungsrichtung überwiegt bei aktuellen Nahwanderungen? Lassen sich Anzeichen für eine anhaltende Suburbanisierung oder für eine erneute Reurbanisierung finden? Sind regionale Disparitäten erkennbar?

Das Projekt „Räumliche Mobilität und Lebensverläufe in Nordrhein-Westfalen“ ist am Forschungsinstitut für Soziologie angesiedelt. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) ist in besonderem Maße dazu geeignet, den gestellten Fragen nachzugehen: Es vereint eine Vielzahl verschiedener Städte wie die Altindustriestädte des Ruhrgebiets, die durch gezielte Förderung als Wissensstandorte neu etabliert werden, oder monozentrische Städte wie z.B. Münster, welche nicht von diesem Umbruch betroffen sind. Basierend auf dieser Diversität können Stadtregionen vergleichend dargestellt und Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden. Mit Fokus auf die Ruhrgebietsstädte ist insbesondere die Fragestellung von Interesse, ob trotz anhaltender Abwanderungen seit dem industriellen Niedergang ein Trend zur Rückkehr in die Stadt erkennbar ist.

Die Abgrenzung von Stadt und Umland erfolgt in Anlehnung an das Stadtregionsmodell des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) von 2006. Es werden in NRW fünfundzwanzig Stadtregionen innerhalb und außerhalb des Ruhrgebietes unterschieden, welche sich in Kerngebiet, näheres und weiteres Umland gliedern. Grundlage der statistischen Auswertungen bildet die amtliche Wanderungsstatistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik: In drei Jahresschritten können die Wanderungen innerhalb der Stadtregionen von 1976 bis 2003 und zusätzlich für das Jahr 2005 als jüngsten Zeitpunkt betrachtet werden. Neben einer Aufschlüsselung über das jeweilige Geschlecht der Wandernden sowie deren Nationalität (deutsch, nicht-deutsch), können Aussagen über sechs verschiedene Altersgruppen getroffen werden. Es kann somit beispielsweise analysiert werden, in welchem Ausmaß Personen verschiedenen Alters an den verschiedenen Formen der Nahwanderungen (z.B. Stadt-Umland- oder Umland-Stadt-Wanderung) beteiligt sind und wie sich diese Ausprägungen im zeitlichen Verlauf verändert haben.

Ergänzt werden die amtlichen Wanderungsdaten durch die Lebensverlaufsstudien des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin (MPfB): Diese ermöglichen es, Wanderungen im Lebensverlauf von über 2.000 in NRW geborenen Personen unterschiedlicher Geburtskohorten zu untersuchen.

Erste Ergebnisse zeigen, dass sich der Anteil der Nahwanderungen an den Gesamtwanderungen in NRW seit Mitte der 1990er nur geringfügig verändert hat. Es ist jedoch ein leichter Rückgang der Stadt-Umland- zu Gunsten der Umland-Stadt-Wanderungen zu beobachten. Bezüglich der regionalen Disparitäten lässt sich zudem sagen, dass der Anteil der Nahwanderungen an den Gesamtwanderungen in den Stadtregionen des Ruhrgebiets niedriger ist als in solchen des übrigen NRWs. Betrachtet man die nahräumlichen Wanderungsverläufe von in NRW Geborenen, so nimmt die durchschnittliche Anzahl von Wohnungswechseln in den jüngsten Geburtskohorten stark ab. Über 70% der in NRW Geborenen wechseln ihren Wohnstandort ausschließlich innerhalb NRWs. Weitere 16% überschreiten bei ihren Umzügen die Landesgrenzen, kehren aber wieder nach NRW zurück.

In noch anstehenden Arbeiten wird darüber hinaus der Zusammenhang zwischen familialen bzw. beruflichen Ereignissen und nahräumlicher Mobilität analysiert.

Kim Gerber
Universität zu Köln
Forschungsinstitut für Soziologie

50939 Köln

gerber@wiso.uni-koeln.de

Wiens ethnische Segregation seit 1961 – Ursachen, Besonderheiten und zukünftige Herausforderungen

Wilko Schröter

Motor der demografischen Entwicklung einer Metropole wie Wien war seit jeher die Zuwanderung, allerdings wurde nach dem Ende des 1. Weltkrieges und dem Zerfall der Donaumonarchie mit rund 2,3 Millionen Einwohnern das Ende des explosiven Stadtwachstums erreicht, woraufhin eine Phase des Bevölkerungsrückgangs und der Stagnation bei ca. 1,5 Millionen Einwohnern einsetzte, die erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder zu einem anhaltenden Wachstum auf 1,669 Millionen Einwohner (1.1.2007) führte. Zurückzuführen ist dieser Wachstumsschub neben dem Zusammenbruch des realsozialistischen Systems auch auf den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 sowie die EU-Osterweiterung 2004 und die damit eingetretene strategische Verlagerung der Stadt Wien von der Randlage in der westeuropäischen Welt zur zentralen Lage in Mitteleuropa.

Die ungleiche Verteilung von Bevölkerungsgruppen über das Stadtgebiet ist gerade für Zuwanderer typisch und auf die Existenz von bestimmten Rahmenbedingungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, aber auch auf kulturelle Identitäten zurückzuführen. Eine Analyse der Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung zeigt, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung von 1,45% 1961 über 7,6% 1981, 13% 1991 auf 18,7% 2005 angestiegen ist.

Wien war in den 1960er Jahren vor allem Zielgebiet der Arbeitsmigration von Gastarbeitern, in erster Linie aus Jugoslawien und der Türkei, seit dem Fall des Eisernen Vorhangs kam es zu einer extremen Ausweitung und Zunahme an Ungleichheit der Einwanderungsbevölkerung. Zuwanderung aus Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Polen wurde wieder möglich, die Folge war eine grenzüberschreitende Pendelwanderung sowie eine temporäre und permanente Arbeitsmigration aus den Transformationsstaaten.

Welche Folgen hatte nun diese Migration auf die Segregation der Zuwanderer? Die extreme ethnische Segregation in den 1960er Jahren war durch das Leben der Gastarbeiter in Wohnheimen und betriebseigenen Gemeinschaftsunterkünften bedingt. Sie schwächte sich in den 1970er Jahren durch Familiennachzüge erheblich ab, um in den 1980er Jahren aufgrund des durch Sanierungsmaßnahmen der Substandardwohnungen ausgelösten Absinkens des adäquaten Mietwohnungsbestandes wieder zuzunehmen.

Die in Wien ab den 1990er Jahren aktiv betriebene Desegregationspolitik führte wiederum zu einer leichten Verminderung der sozialräumlichen Segregation. Insgesamt zeigt sich allerdings seit den 1960er Jahren ein zunehmender Konzentrationsprozess der ausländischen Wohnbevölkerung in Wien, mit der Besonderheit, dass die ethnische Segregation nicht stadtviertelweise, sondern eher block- und häuserweise in Erscheinung tritt.

Als Datengrundlage zur Berechnung von Dissimilaritätsindizes aufgrund der Staatsbürgerschaft dienen die im Rahmen der Volkszählungen 1961, 1971, 1981, 1991 und 2001 erhobenen amtlichen Daten. Außerdem wurden von Elisabeth Lichtenberger 1974 und 1981 durchgeführte Großbefragungen von Gastarbeitern ausgewertet.

Wilko Schröter
Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Universität Wien
Dr. Karl Lueger Ring 1

1010 Wien Österreich

wilko.schroeter@univie.ac.at

Stadt, Land oder Rand? Die Wohnstandortwahl und Bewohnerstruktur innerstädtischer Neubaugebiete

Katrin Sandfuchs

Vor dem Hintergrund sinkender Einwohnerzahlen und einem anhaltenden Bevölkerungsverlust an das Umland versucht die Stadt Hannover seit Mitte der 1990er Jahre durch verschiedene Strategien, dieser Abwanderung zu begegnen. Neben spezifischen stadtteilbezogenen Imagekampagnen und dem so genannten Kinder-Bauland-Bonus, der Familien pro Kind 10 % der Grundstückskosten bei Erwerb erlässt, wird versucht, durch speziellen Wohnungsneubau ein Pendant zum suburbanen Wohnen zu setzen. Ein besonderes Potenzial stellen hierbei kernstadtnahe Brachflächen dar, auf denen sowohl Neubausiedlungen in Form von Reihen- und Atriumhäusern, als auch Geschosswohnungsbau realisiert werden.

Insbesondere für Familien sind die unterschiedlichen Wohnbedingungen zwischen innerstädtischen und suburbanen Wohnstandorten signifikant, so dass in dem Vortrag zwei Fragestellungen thematisiert werden: Zum einen, ob es vor allem für Familien Vorzüge des städtischen Wohnens gibt, die (langfristig) eine Verschiebung der Wohnideale bewirken können, und zum anderen, ob es bestimmte gesellschaftliche Strukturmerkmale gibt, durch die sich die Nachfragergruppe innerstädtischer Neubaugebiete charakterisieren lassen. Das theoretische Fundament dieser zweiten Fragestellung wird in Aspekten des sozialen Wandels gesehen, wobei Veränderungen sowohl auf der sozialen und wirtschaftlichen als auch auf der ideellen Ebene zu erkennen sind. Ergänzt werden kann dieser theoretische Rahmen durch das Konzept der Urbanität, mit dessen Hilfe die Motive der innerstädtischen Wohnstandortwahl systematisiert werden.

Empirisch wurde mittels eines Methodenmixes vorgegangen, wobei die Bewohner elf innerstädtischer Neubaugebiete in einer standardisierten Befragung unter anderem zu Aspekten ihrer allgemeinen Soziodemografie, ihrer Wohnbiographie und Wohnzufriedenheit befragt wurden. Im Anschluss erfolgten vertiefende und ergänzende teilstandardisierte Interviews, in denen vor allem die Motive des innerstädtischen Wohnens erfasst wurden.

Auswertungsergebnisse zeigen, dass 42 % der Befragten in einer kleinstädtischen oder dörflichen Gemeinde aufgewachsen sind und fast 20 % der Befragten aus einer Umlandgemeinde bzw. dem Stadtrandbereich in die hoch verdichteten innerstädtischen Neubaugebiete gezogen sind. Diese Zahlen belegen, dass zwar nach wie vor eher von einem Verbleiben in der Stadt als von Reurbanisierungsprozessen ausgegangen werden muss, jedoch auch Rückwanderungen, vor allem bei den über 60-Jährigen, zu verzeichnen sind.

Betrachtet man die Motive der innerstädtischen Wohnstandortwahl, so ist über alle Altersgruppen hinweg das Kriterium der kurzen Wege im Alltags- und Freizeitbereich als besonders wichtig anzusehen, was vor allem für Familien ein besseres Zeitmanagement bedeutet. Ergänzt wird dieser Aspekt zum Beispiel dadurch, dass bereits heute Bildungsangebote im suburbanen oder ländlichen Raum als sehr eingeschränkt wahrgenommen werden, und gleichzeitig die Befürchtung besteht, dass sich dieser Mangel im Zeichen des demografischen Wandels zukunftsnahe noch verschärfen könnte. Da zumeist beide Elternteile aufgrund eines sehr hohen Bildungsniveaus in den Beruf integriert sind, fehlt es ihnen zudem an Zeit und Bereitschaft, diese Defizite durch ein entsprechendes, kindorientiertes Pendeln' in eine größere Stadt auszugleichen.

Katrin Sandfuchs
Ludewig-Meyn-Str. 14
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Geographisches Institut

24098 Kiel

sandfuchs@geographie.uni-kiel.de

Wohnen in der Stadt? – Wohnwünsche potentieller Reurbaniten und jüngerer intraurban wachsender Haushalte

Rüdiger Meng, Ansgar Schmitz-Veltin, Christina West

Nach Jahrzehnten anhaltender Suburbanisierungstendenzen deuten aktuelle Studien auf ein Nachlassen der Einwohnerdekonzentration in verschiedenen Stadtregionen hin. Jüngere Untersuchungen des Deutschen Instituts für Urbanistik in München und Leipzig¹ stellen gar eine Renaissance der Innenstädte fest. Andere Studien können einen entsprechenden Trend nicht ausmachen und verweisen allenfalls auf eine Ausdifferenzierung von Wanderungsmustern im Verflechtungsbereich zwischen Städten und ihrem Umland sowie eine Abschwächung der Bevölkerungssuburbanisierung.

Die Gründe für einen potentiellen Attraktivitätsgewinn städtischer Wohnquartiere werden in veränderten Wertorientierungen gesehen, die ihren Ausdruck unter anderem in der demografischen Alterung, in einem gewandelten Verhältnis zwischen Wohnen, Arbeiten und Freizeit sowie im Aufkommen und der Etablierung neuer Haushaltsformen finden. Insbesondere die steigenden Anteile älterer Menschen nähren die Hoffnung auf einen Bedeutungsgewinn städtischer Wohnstandorte, da diese im Vergleich zum suburbanen Raum infrastrukturell häufig besser ausgestattet sind. Hingegen wird einer möglichen Bedeutung jüngerer intraurban wachsender Haushalte und Familien für die Renaissance der Innenstädte bislang nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Statt auf eine allgemeine Trendumkehr zu hoffen, sollten sich die Städte auf ein kleinräumig differenziertes Nebeneinander von Fort- und Zuzügen einstellen. Neben der Analyse der quantitativen Entwicklung der Einwohnerzahl muss verstärkt die Frage nach der Zusammensetzung der fort- und zuziehenden Haushalte in den Vordergrund rücken, da die im Rahmen der Suburbanisierung beschriebene Polarisierung der Stadtregionen in arme Zentren (A-Städte) und reiche Umländer die aktuelle Situation nicht mehr angemessen widerspiegelt. Individuelle Wert- und Einstellungsmuster, Erfahrungen im Rahmen der eigenen Biographie und die sozioökonomische Konstellation der Haushalte prägen zunehmend die Wohnstandortpräferenzen.

Am Beispiel der Stadt Mannheim soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die aktuellen Wanderungsmuster die gesellschaftlichen Differenzierungen innerhalb verschiedener Stadtteile beeinflussen und welche Motive den zu-, fort- und innerhalb der Stadt umziehenden Haushalten zugrunde liegen. Dabei wird insbesondere dargestellt, welche Wohnbedürfnisse und Wohnwünsche von Seiten potentieller Reurbaniten und jüngerer intraurban wachsender Haushalte bestehen. Die Auswertung erfolgt auf Grundlage individueller Wanderungsdaten und auf einer Befragung der wandernden, umziehenden und nicht wandernden Haushalte nach Wanderungsmotiven.²

Rüdiger Meng, Ansgar Schmitz-Veltin, Christina West
Universität Mannheim
Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie
68131 Mannheim

ansgarsv@rumms.uni-mannheim.de
rmeng@rumms.uni-mannheim.de
west@rumms.uni-mannheim.de

¹ Brühl, H.; Echter, C.-P.; Frölich von Bodelschwingh, F.; Jekel, G. (2006): Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 41. 2. Aufl. Berlin.

² Die Daten sind Teil einer von der Stadt Mannheim finanzierten Untersuchung zu den Wanderungsmotiven der fort-, zu- und umziehenden Haushalte. Die Befragungen werden im Jahr 2007 durchgeführt.

Kleinräumige Ausdifferenzierungen von demografischen Prozessen in der Stadt – Fallstudien aus Kiel und Aachen

Marco Schmidt

Der demografische Wandel mit seinen vielfältigen Facetten stellt einen maßgeblichen Faktor für die Entwicklung von Städten und Regionen in Deutschland dar. Gekennzeichnet sind die demografischen Prozesse durch eine ausgeprägte Heterogenität, welche sowohl zwischen Regionen, zwischen Städten aber auch innerhalb von Städten auftreten. Gerade die Bedeutung für die kommunale Ebene, das Wissen und die Erkenntnisse über die detaillierten demografischen Strukturen und Prozesse sind kaum erfasst.

Die Stadtplanung der Kommunen wird insbesondere durch die demografischen Ausdifferenzierungen und das gleichzeitige Auftreten von beispielsweise Wachstum und Schrumpfung oder den gewandelten Ansprüchen an lokale Infrastrukturen vor Herausforderungen gestellt. Zukünftig sollte versucht werden diesen veränderten demografischen Bedingungen gerecht zu werden. Eine strategische Planung und Organisation kann hierbei mögliche räumliche und soziale Implikationen steuern helfen.

Anhand der Fallstudien Kiel und Aachen wird das Thema der differenzierten, gleichzeitigen und gegensätzlichen ablaufenden demografischen Veränderungen aufgegriffen und auf Ebene städtischer Teilräume analysiert. Zentrale Untersuchungsaspekte stellen dabei u.a. die Veränderungen der Bevölkerungsanzahl, der Altersstruktur sowie altersspezifische Wanderungsbewegungen dar. Anhand des Zusammenspiels dieser Parameter können die räumlichen Bezüge und die unterschiedlichen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die städtischen Teilräume erfasst und strukturiert dargestellt werden. Da gerade Wanderungsbewegungen die Bevölkerungsstruktur sowohl demografisch als auch sozial maßgeblich prägen, erscheint es sinnvoll, die Verbindung von Wohnstandortwahlen/residentieller Mobilität, der Wohn- und Lebenssituation in den unterschiedlichen Quartieren und demografischen Entwicklungen auf kleinräumiger Ebene herzustellen. Unter Einbezug amtlicher Statistiken der verschiedenen Untersuchungsebenen und in Verbindung mit eigenen empirischen Daten von Haushaltsbefragungen in ausgewählten Gebieten, ist es möglich, die verschiedenen Ebenen für die beobachteten demografischen Prozesse und Strukturen zusammenzuführen.

Teilergebnisse der laufenden Studie werden auf unterschiedlichen Untersuchungsebenen dargestellt. Zunächst erfolgt ein Überblick über die demografischen Ausdifferenzierungen hinsichtlich der Einwohner-, Alterstruktur- und Haushaltsstrukturentwicklung auf gesamtstädtischer Ebene. Generell kann eine große Spannweite und Unterschiedlichkeit der demografischen Entwicklungen auf Stadtteilebene konstatiert werden. Dabei scheinen insbesondere Stadtteile in den Untersuchungsstädten von einer starken Dynamik des demografischen Wandels betroffen zu sein, welche demografisch relativ homogen strukturiert sind.

Die Wahrnehmung von Veränderungen auf lokaler Ebene, vor allem hinsichtlich der Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur (z.B. soziale Ausdifferenzierung, Heterogenisierung oder „Überalterung“), wird von vielen Befragten als negativ wahrgenommen. Weiterhin lässt die Befragung Rückschlüsse auf die Wichtigkeit von Nahversorgungseinrichtungen sowie privatwirtschaftlicher und öffentlicher Infrastruktur zu und skizziert ein mögliches Spannungsfeld zukünftiger Stadtteilentwicklungen.

Marco Schmidt
Ludewig-Meyn-Str. 14
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Geographisches Institut

24098 Kiel

m.schmidt@geographie.uni-kiel.de

Zur aktuellen und künftigen Bevölkerungsentwicklung in Leipzig

Josef Fischer

Im Herbst 1989 ging von Leipzig die Friedliche Revolution aus, die Deutschland und auch Europa veränderte. Speziell für die Ostdeutschen änderten sich mit der Wiedervereinigung Deutschlands komplett das Rechtssystem, das wirtschaftliche und das soziale Umfeld und anderes mehr. Der Friedlichen Revolution folgte die demografische Revolution. In Leipzig sanken jeweils von 1989 bis 1991 die Zahl der Eheschließungen von 4 803 auf 1 535, die Scheidungszahl von 1 934 auf 93, die Geburtenzahl von 5 961 auf 3 411, die Einwohnerzahl durch massive Wegzüge von 530 010 auf 503 191 (damaliger Gebietsstand). Bis 1998 sank Leipzigs Einwohnerzahl auf 437 101, die Stadt verlor in zehn Jahren rund ein Fünftel ihrer Einwohner. Durch eine Gebietsreform hatte Leipzig im Jahr 2000 wieder 493 208 Einwohner.

Seitdem verzeichnet Leipzig wieder Wanderungsgewinne vor allem bei jüngeren Menschen und hier insbesondere bei jungen Frauen. Die Zuzüge kommen vor allem aus den ostdeutschen Ländern einschließlich der unmittelbar an Leipzig angrenzenden Kreise. Aus Suburbanisierung ist Reurbanisierung geworden. Auch innerstädtisch haben die zentrumsnahen Ortsteile die höchsten Einwohnergewinne. Die Zahl der Geburten erhöhte sich seit dem historischen Tief von 1995 mit 2 377 Geborenen wieder auf 4 410 im Jahr 2006, wobei sich der Anteil der nicht-ehelichen Geburten sukzessive auf 63,6 % erhöhte und die Fertilität immer noch bescheidene 1,2 beträgt. Geheiratet wird tendenziell immer weniger, während die Scheidungszahlen relativ stabil sind. War das Verhältnis Eheschließungen zu Scheidungen 1989 2,48, betrug es 2006 1,41. Die klassische Familie gibt es immer seltener. Die durchschnittliche Haushaltsgröße sank von 2,1 im Jahr 1989 auf 1,7 im Jahr 2006. Obwohl die Lebenserwartung in den letzten Jahren weiter gestiegen ist, erhöht sich das Durchschnittsalter langsamer. Von 2005 zu 2006 stagnierte es sogar bei 43,9 Jahren auch bedingt durch die Einführung der Zweitwohnungssteuer und die Ummeldung vor allem jüngerer Menschen mit Hauptwohnsitz nach Leipzig.

Seit Mitte der 1990er Jahre werden in Leipzig Bevölkerungsvorausschätzungen realisiert. Die jüngste Vorausschätzung bis 2027 stammt von Mitte 2007 (siehe auch www.leipzig.de/statistik → Veröffentlichungen). Da die Wanderungszahlen in Leipzig wesentlich höher sind als die der Geburten und Sterbefälle, ist deren Entwicklung von besonderer Brisanz. 20 Experten aus Stadtverwaltung und wissenschaftlichen Einrichtungen wurden hierfür zu den künftigen Wanderungen (auch nach Geschlechtern und der Altersgruppe von 18 bis 29 Jahre) und zur Fertilitätsentwicklung der nächsten 20 Jahre befragt. Mit diesen Werten wurden eine erste Berechnung durchgeführt, diskutiert und nachfolgend die Schätzwerte teilweise modifiziert. Im Ergebnis wird für Leipzig bei geschätztem leichten Anstieg der Fertilität bis 2027 auf 1,33 zunächst ein weiterer geringer Geburtenanstieg erwartet, der sich ab etwa 2017 wieder etwas abschwächen dürfte. Das Geburtendefizit dürfte bestehen bleiben und leicht zunehmen, die Einwohnerzahl bis 2017 etwas stärker und danach schwächer bis auf etwa 533 000 steigen. Durch den erwarteten Zuzug Jüngerer dürfte die Jugendquote bis 2017 wieder geringfügig, die Zahl der Hochbetagten über 80 Jahre stark ansteigen. Die Erwerbsfähigenquote (15- bis 64-Jährige pro Einwohner) wird nur leicht zurückgehen und nachfolgend bei etwa 65 % stagnieren.

Dr. Josef Fischer
Stadt Leipzig
Amt für Statistik und Wahlen

josef.fischer@leipzig.de

Wachsende Stadt, schrumpfende Quartiere Kleinräumige Analyse der demografischen Entwicklung in Hamburg

Andreas Kaiser, Jörg Pohlan

Im Gegensatz zur Entwicklung in vielen anderen Großstädten wächst die Bevölkerungszahl in Hamburg seit 1987 beinahe kontinuierlich. Diese Entwicklung beruht vor allem auf hohen Zuwanderungsraten junger Menschen aus anderen Bundesländern. Zeitgleich lässt sich ein Anstieg des Anteils der älteren Bevölkerung beobachten, was darauf hindeutet, dass eine demografische Alterung auch in Hamburg stattfindet. Bevölkerungswachstum und Alterung treten in den Teilräumen des Hamburger Stadtgebiets nicht gleichmäßig verteilt auf. Es zeigt sich kleinräumig eine Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung in verschiedenen Teilräumen der Stadt.

Kleinräumige Untersuchungen werden in Hamburg (und anderen Großstädten) oftmals auf der administrativen Ebene der Stadtteile durchgeführt. Auch die Innerstädtische Raubeobachtung des BBR setzt auf dieser Ebene an. Die Hamburger Stadtteile sind jedoch sehr heterogen sowohl in ihrer Größe als auch in ihrer Einwohnerzahl, so dass Vergleiche aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen problematisch sind. Die Spanne reicht hier von Stadtteilen mit wenigen bis gar keinen Einwohnern bis zu Stadtteilen mit über 85.000 Einwohnern. In solchen Stadtteilen werden Heterogenitäten einfach überdeckt.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Notwendigkeit, Untersuchungen auf einer kleinräumigen Ebene unterhalb der Stadtteilebene durchzuführen. In diesem Vortrag werden Ergebnisse einer quantitativen Analyse der Bevölkerungsentwicklung in Hamburg auf der Ebene der Statistischen Gebiete – vom Statistikamt Nord nach Homogenitätskriterien abgegrenzte, vergleichbare kleinräumige Gebietseinheiten – präsentiert. Auf dieser räumlichen Ebene wird die Unterschiedlichkeit der Entwicklungen in den verschiedenen Teilräumen deutlich sichtbar.

Die Ergebnisse dieses Beitrages beleuchten zum einen die quantitative Ausprägung der Bevölkerungsentwicklung, zum anderen die unterschiedliche Altersstruktur in den verschiedenen Teilräumen der Stadt. Dabei zeigen die Prozesse der Bevölkerungsentwicklung, die im Beitrag für Hamburg dargestellt werden, die folgenden grundsätzlichen Muster:

- I. Hamburg wächst - nicht nur am Rand. Auch zentral gelegene Quartiere zeigen deutliche Bevölkerungsgewinne.
- II. Hamburg schrumpft - nicht nur in der Mitte. Auch weiter außen gelegene Wohngebiete verzeichnen Bevölkerungsverluste.
- III. Alterstrennung - Alte sowie junge Menschen leben stärker räumlich konzentriert in bestimmten Teilen der Stadt als Menschen im mittleren Alter.
- IV. Innerstädtische Suburbanisierungsprozesse: Altersspezifische Wanderungen deuten sich an.

Durch die auf den unterschiedlichen räumlichen Ebenen identifizierten Entwicklungsunterschiede zeigt sich die Bedeutung der kleinräumigen Unterteilung des Stadtgebiets in vergleichbare Gebietseinheiten für die realitätsnahe Beobachtung der Entwicklung einzelner Quartiere. Die Voraussetzung hierfür ist die Gewinnung und Bereitstellung von zuverlässigem, kleinräumig möglichst differenziertem Datenmaterial.

Andreas Kaiser, Dr. Jörg Pohlan
HafenCity Universität Hamburg,
c/o TU Hamburg-Harburg
Schwarzenbergstr. 95D

21071 Hamburg.

andreas.kaiser@hcu-hamburg.de
joerg.pohlan@hcu-hamburg.de

Auswirkungen des demografischen Wandels und neuer Lebenskonzepte für das Alter auf die Raumstrukturen einer Großstadtregion am Beispiel von München

Caroline Kramer, Carmella Pfaffenbach

In diesem Projekt wurden die Lebenskonzepte der heute 51- bis 60-jährigen Bewohner der Großstadtregion München für ihren zukünftigen Ruhestand in ihrem räumlichen Kontext (d. h. in unterschiedlichen städtischen Wohnvierteln und im Umland) analysiert. Dabei stand im Vordergrund, ob es Absichten gibt, nach dem Eintritt in den Ruhestand den Wohnstandort und die Wohnform zu verändern.

In den Interviews äußerten die meisten Befragten, nicht nur weiterhin an ihrem jetzigen Wohnort, sondern auch in ihrem jeweiligen Stadtteil und am besten auch in der jetzigen Wohnung bleiben zu wollen. Wenn es Umzugsabsichten gibt, so sind sie eher von den Umlandgemeinden in die Stadt (zurück) gerichtet. In das Ausland zieht es vorwiegend nur diejenigen, die jetzt schon über einen Zweitwohnsitz dort verfügen – und dann auch nur für einen Teil des Jahres und nicht dauerhaft. Hinter diesen Planungen steht als zentrale Frage: „Werde ich mir das Wohnen in München im Alter noch leisten können?“, die vor dem Hintergrund des hohen Mietpreisniveaus nachvollziehbar ist. Die heutige Generation 50plus denkt durchaus über alternative Wohnformen, wie z. B. generationsübergreifendes Wohnen oder Senioren-Wohngemeinschaften nach, die sich allerdings von den in der Jugend selbst praktizierten WGs unterscheiden sollten.

Darüber hinaus wurde eine Analyse der Lebensstile der Generation 50plus in München vorgenommen, um zu sehen, inwieweit bestimmte Stadtbezirke eher Wohnstandorte für bestimmte Lebensstilgruppen darstellen. Hier zeigte sich zunächst ein sehr differenziertes Bild unterschiedlicher Lebensstile in der Altersgruppe. Die Palette reicht von eher traditionellen Typen, die familienorientiert und wertekonservativ sind und am Stadtrand oder in suburbanen Gemeinden im Eigenheim wohnen, über Typen, die das moderne Bildungsbürgertum vertreten (finanziell gut situierte Paare, kulturell interessiert), bis hin zu zwei neuen, bisher in der Lebensstil-Forschung unbekannt Typen in dieser Altersgruppe. Diese Typen pflegen entweder einen alternativ-kreativen Lebensstil (Alt-68er) oder sind extrem körper- und fitnessbetont (Junggebliebene). Vertreter dieser beiden Lebensstiltypen finden sich vorwiegend in den innenstadtnahen Wohngebieten, die das Image von Szenevierteln besitzen, und haben diese gezielt für ihren Lebensstil bei der Wohnungssuche ausgewählt. Für beide Gruppen wird Älterwerden in der jetzigen Lebensphase ausgeklammert bzw. verdrängt.

Das Altern wird von den Befragten überwiegend sehr differenziert betrachtet; insgesamt überwiegen jedoch positive Altersbilder. Vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, dass in der Regel ein Fortführen des aktuell bestehenden Lebensstils (Wohn- und Freizeitpräferenzen) geplant ist, und die Lebenssituation des „middle age“ bzw. des „best age“ in ein höheres Alter ausgedehnt werden soll.

Für die künftige Stadtentwicklung lassen sich daraus folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. Es kann nicht wie bisher von einem Wegzug der zukünftigen Senioren/innen aus der Stadt ausgegangen werden.
2. Altersgerechtes Wohnen muss in Zukunft mehr als aktuell auch kostengünstig sein und alternative Wohnformen vorsehen.
3. Die künftige Senioren-Generation wird voraussichtlich erst in einem sehr hohen Alter so genannte altengerechte Infrastrukturen benötigen – vorerst werden vor allem Angebote für das „gut erhaltene Mittelalter“ nachgefragt.

Dr. Caroline Kramer,
Kaiserstr.12
Universität Karlsruhe
Institut für Geographie und Geoökologie

76131 Karlsruhe

kramer@zuma-mannheim.de

Prof. Dr. Carmella Pfaffenbach,
Templergraben 55
RWTH Aachen
Geographisches Institut

52056 Aachen

pfaffenbach@geo.rwth-aachen.de